

DIE DEUTSCHE BAUINDUSTRIE

Stabilisierender Faktor in der Krise und gerüstet für die Zukunft

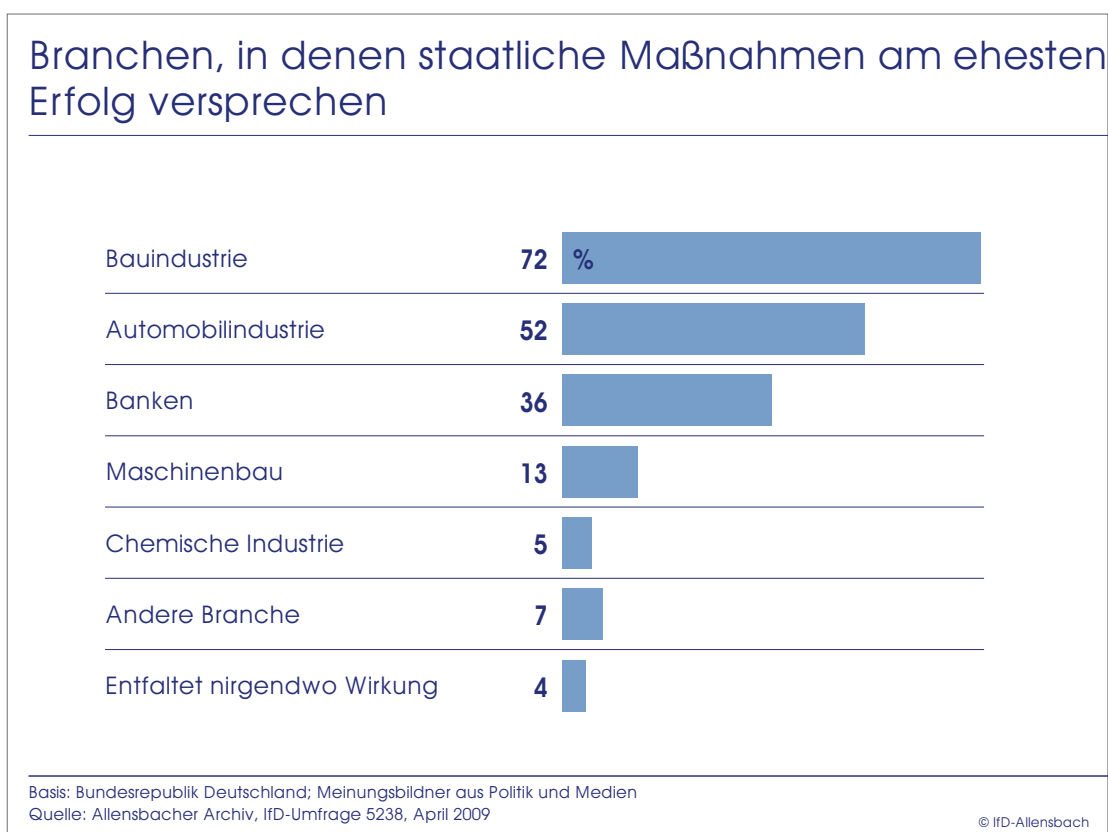
Anders als die Automobilindustrie, die Banken und der Maschinenbau wird die Bauindustrie von Meinungsbildnern, von Politikern und Journalisten in der derzeitigen wirtschaftlichen Krisenphase nicht als besonders krisengefährdet gesehen. Im Gegenteil, die große Mehrheit (62 Prozent) konstatiert, dass die Bauwirtschaft im Moment in starkem Maße von den staatlichen Konjunkturprogrammen profitiert. Entlassungswellen werden von den Meinungsbildnern vor allem in der Automobilindustrie (85 Prozent) und im Maschinenbau (70 Prozent) erwartet. Nur 29 Prozent prognostizieren, dass es in der Bauwirtschaft zu zahlreichen Entlassungen kommt.

Das ist das Ergebnis einer Befragung von politischen und journalistischen Meinungsbildnern zur Situation der Bauwirtschaft, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Frühjahr 2009 durchgeführt hat. Befragt wurden Politiker der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene sowie Journalisten, die sich schwerpunktmäßig mit den Themen Wirtschaft und Bauen beschäftigen.

www.ifd-allensbach.de
Porträt des Instituts - Leistungsspektrum - Aktuelle Studien

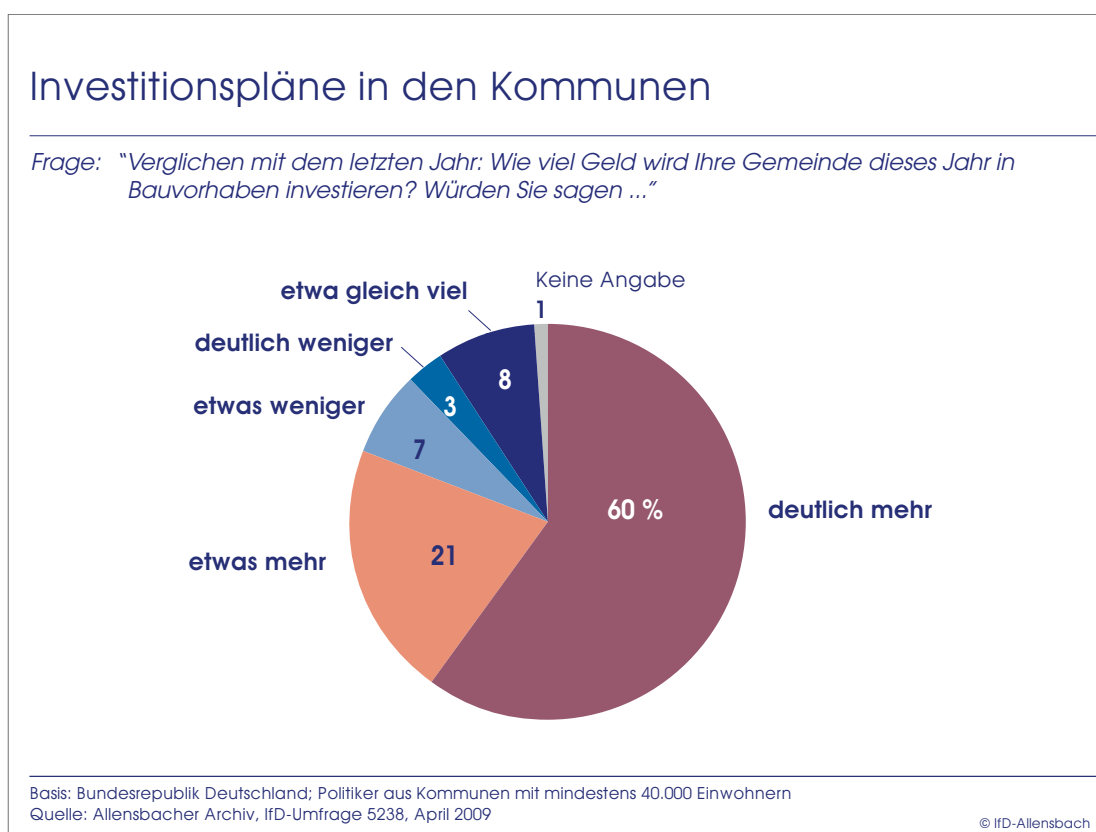
Insgesamt gehen 40 Prozent der Meinungsbildner davon aus, dass die Bauindustrie besser als andere Branchen gerüstet ist, die derzeitige Krise durchzustehen. Lediglich 11 Prozent halten sie für schlechter gerüstet, 36 Prozent für genauso gut wie andere Branchen.

Die Bauwirtschaft gilt mit deutlichem Abstand als eine Branche, bei der staatliche Stützungsmaßnahmen am ehesten Wirkung zeigen. 72 Prozent der Meinungsbildner sind überzeugt, dass staatliche Unterstützungsprogramme in der Bauindustrie unmittelbare Wirkung zeigen und nicht verpuffen. Mit großem Abstand folgen die Automobilindustrie (52 Prozent) und die Banken (36 Prozent). Dagegen verspricht sich die überwältigende Mehrheit der Meinungsbildner kaum Effekte von staatlichen Stützungsprogrammen für den Maschinenbau, die chemische Industrie oder andere Branchen:



Erhebliche Investitionspläne in den Kommunen

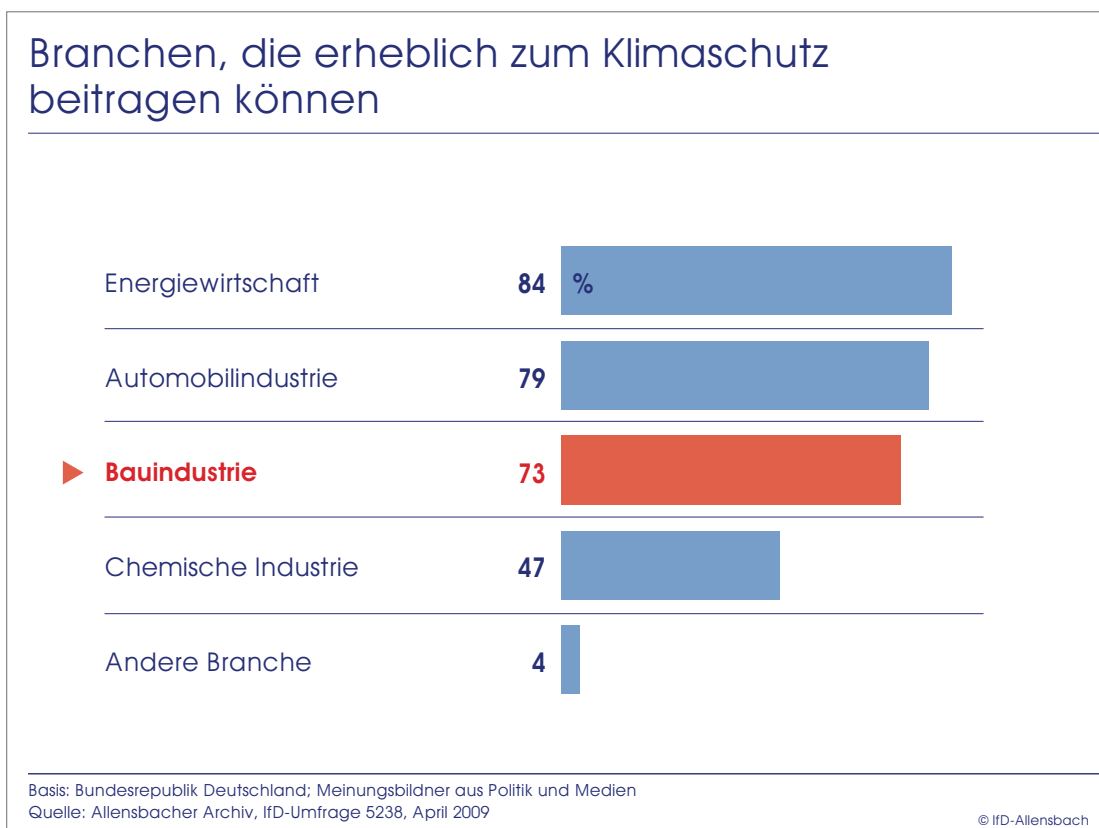
Welche Impulse von dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung ausgehen, zeigen die Angaben der befragten Kommunalpolitiker. 54 Prozent geben zu Protokoll, dass ihre Stadt, ihre Gemeinde vom Konjunkturprogramm der Bundesregierung erheblich profitiert, weitere 36 Prozent sehen zumindest einen begrenzten Nutzen für die eigene Kommune. Entsprechend sind in der überwältigenden Mehrzahl dieser größeren Kommunen mit mindestens 40.000 Einwohnern deutlich höhere Investitionen in Bauprojekte geplant. 60 Prozent der befragten Kommunalpolitiker berichten, dass ihre Gemeinde in diesem Jahr deutlich mehr in Bauvorhaben investieren wird, weitere 21 Prozent berichten von einer begrenzten Ausweitung. Lediglich in jeder zehnten Kommune ist geplant, die Bauinvestitionen etwas oder sogar deutlich zurückzuschrauben:



Die geplanten Investitionen betreffen vor allem energetische Sanierungen von Schulen, Kindergärten, kulturellen Einrichtungen und Verwaltungsgebäuden sowie Neubauten im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sowie von Schulen und Kindergärten.

Wirtschaftliche Bedeutung des Klimaschutzes

Die überwältigende Mehrzahl der Meinungsbildner zählt die Bauindustrie auch zu den Branchen, die vor allem dazu beitragen können, dass der Klimaschutz Fortschritte macht. 84 Prozent sehen hier vor allem die Energiewirtschaft gefragt, 79 Prozent die Automobilindustrie, 73 Prozent die Bauwirtschaft. Mit einigem Abstand folgt die chemische Industrie, die von weniger als jedem zweiten Meinungsbildner genannt wird:



Dass das Thema Klimaschutz für die Bauwirtschaft erhebliche wirtschaftliche Potentiale bietet, steht für die überwältigende Mehrheit der Meinungsbildner außer Frage. Knapp jeder zweite Meinungsbildner hält das wirtschaftliche Potential für die Bauindustrie auf diesem Feld für sehr groß, weitere 42 Prozent für groß. Besonders Politiker der Landes- und Bundesebene sind überzeugt, dass die Umsetzung der Klimaschutzziele der Bauwirtschaft erhebliche Impulse verleihen wird.

Die Auffassung, dass die Bauwirtschaft ihren Zenit überschritten hat, da „die Republik weitgehend gebaut ist“, ist unter Meinungsbildnern eine Minderheitenmeinung. Nur jeder Dritte stimmt zu, während die Mehrheit überzeugt ist, dass die Bauwirtschaft auch in Zukunft vor Herausforderungen steht, die weit über Renovierungsarbeiten hinausgehen.

Allensbach am Bodensee, Anfang Juli 2009

Die Untersuchung stützt sich auf knapp 300 Interviews mit Politikern der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene sowie Journalisten, die sich schwerpunktmäßig mit den Themen Wirtschaft und Bauen beschäftigen. Die Interviews wurden im April 2009 durchgeführt.